

KONFERENZ

UN plant globales Monitoring für Korruption

Hundert Staatsanwälte beraten über eine bessere Korruptionsbekämpfung.

LAXENBURG (mac). Nicht die Affäre um den umstrittenen Verkauf der Buwog-Wohnungen hat am Donnerstag rund hundert europäische Antikorruptionsstaatsanwälte nach Laxenburg gelockt. Sie folgten vielmehr dem Ruf des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (Olaf).

„Korruption ist schlechendes Gift für Wirtschaft und Staat. Es ist unsere Aufgabe, die redlichen Unternehmer vor unlauterem Wettbewerb zu schützen“, sagte Justizministerin Claudia Bandion-Ortner zur Eröffnung. Vielen Staatsanwälten werde die Arbeit in Österreich aber schwer gemacht, kritisierte Transparency International vor wenigen Wochen. Die 2009 gegründete Antikorruptionsstaatsanwaltschaft sei gegenüber dem Justizministerium weisungsgebunden und damit nicht unabhängig. Die Justizministerin verteidigte das Weisungsrecht mit dem Hinweis auf eine gesteigerte Transparenz der Weisungen.

Große Fortschritte gebe es – trotz aller Probleme beim grenzüberschreitenden Informationsaustausch – bei der internationalen Korruptionsbekämpfung, betonte Dimitri Vlassis vom UN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung UNODC. Besondere Bedeutung misst er in diesem Zusammenhang einer entsprechenden UNO-Konvention zu, die von 141 Ländern unterzeichnet wurde. Zur Umsetzung der dort festgeschriebenen Ziele soll in den kommenden Wochen ein Monitoring-System geschaffen werden, bei dem sich die teilnehmenden Länder gegenseitig überwachen sollen.

MORGEN IM IMMOBILIEN TEIL

Serie Baustoffe, Teil 6: Materialien für übermoirgen Wohnen an renommierten Adressen: Streifzug durch Österreich
Luxusimmobilien: Land- und Herrenhäuser
Gewerheimobilien: Arbeiten an renommierten Adressen – Bürostandorte in Wien
diepresse.com/immobilien

Die Post öffnet Briefe – mitlesen darf sie nicht

RECHT. Die Uniqa lässt ihre Post digitalisieren.

WIEN (nst/p.m.). Manche Kunden wissen es nicht, anderen ist es gleichgültig – ändern können sie es ohnehin nicht. Seit Mai dieses Jahres arbeitet die Uniqa Versicherung in Sachen Digitalisierung mit der österreichischen Post und deren Tochter Scanpoint Europe zusammen. Das Besondere daran:

Wird an die Uniqa ein Brief versandt, so landet er zwar via Post in der Versicherung. Jedoch nicht in Form eines Briefkuverts, sondern digital, auf dem Bildschirm des zuständigen Versicherungsmitarbeiters.

Sensible Daten

Wie das geht? Der Brief wird an eines der sechs Briefzentren der Post zugestellt, dort von Scanpoint Europe sortiert, geöffnet, mit einem Barcode versehen und digitalisiert. Täglich werden so etwa 6000 Postsendungen an die Uniqa versandt. Rechnet man die rund hundert Scanpoint-Kunden wie T-Mobile oder Hutchison hinzu, gilt es, jährlich ein Konvolut von 20 Millionen Seiten zu digitalisieren.

Doch wie sieht es mit dem Datenschutz aus? Schließlich wird das Dokument vor der Digitalisierung von einem Mitarbeiter geöffnet. Dieser hat theoretisch die Möglichkeit, sensible Daten zu lesen. „Manipulationen können nie zu hundert Prozent ausgeschlossen werden“, sagt Post-Vorstand Walter Hitziger. Da so viel Papier verarbeitet wird, sei das „Mitlesen“ aber schier unmöglich. Zudem werde dokumentiert, welcher Scanpoint-Mitarbeiter welches Dokument eingescannt habe.

Die für die Digitalisierung zuständigen müssen, wie die Post versichert, Datenschutzerklärung unterzeichnen. Sollten Daten nach außen getragen werden („Das ist bis jetzt noch nicht passiert“), gebe es die Möglichkeit, Entlassungen auszusprechen, wie Post-Sprecher Michael Homola erklärt. Sensiblere Daten wie Zeugnisse oder Notariatschriftstücke werden nicht eingescannt,

sondern auf normalem Postweg versandt.

Doch was passiert, wenn der Mitarbeiter der Post zufällig ein Schriftstück einer ihm bekannten Person in Händen hält und darin von einer Krankheit erfährt?

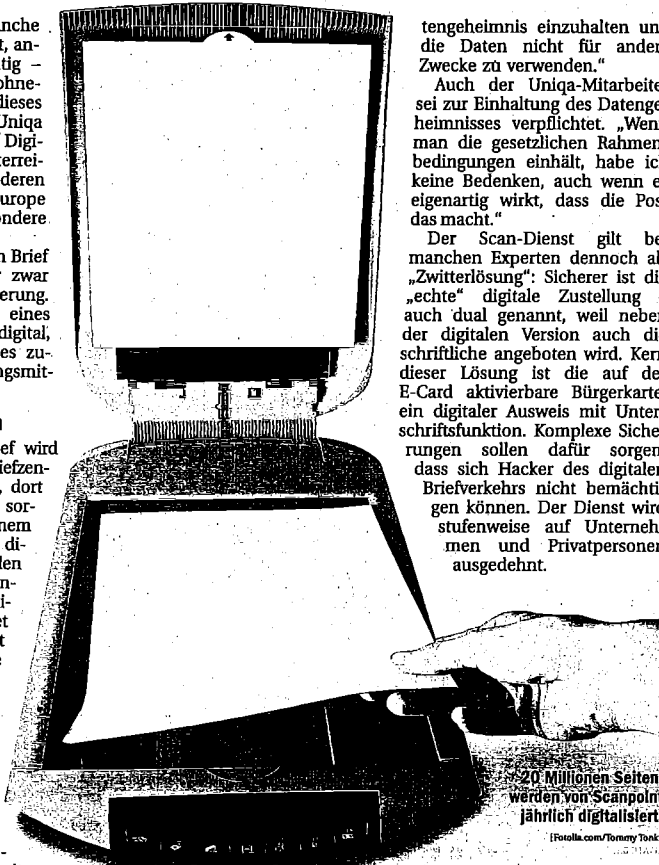
Geheimnisse bewahren

Hans Zeger, Obmann der Arge Daten, sagt: „Die Post macht das schon lange. Ich sehe kein neues Problem darin. Wenn man Briefe versendet, weiß man ohnehin nie, wer sie öffnet.“ Ob das dann die Post oder jemand bei der Uniqa sei, mache keinen großen Unterschied. Ähnlich sieht dies Rainer Knyrim, Datenschutzexperte bei Preslmayr Rechtsanwälte: „Grundsätzlich gibt es einen Dienstleistungsvertrag, der den Dienstleister verpflichtet, das Da-

tengeheimnis einzuhalten und die Daten nicht für andere Zwecke zu verwenden.“

Auch der Uniqa-Mitarbeiter sei zur Einhaltung des Datengeheimnisses verpflichtet. „Wenn man die gesetzlichen Rahmenbedingungen einhält, habe ich keine Bedenken, auch wenn es eigenartig wirkt, dass die Post das macht.“

Der Scan-Dienst gilt bei manchen Experten dennoch als „Zwitterlösung“. Sicherer ist die „echte“ digitale Zustellung – auch dual genannt, weil neben der digitalen Version auch die schriftliche angeboten wird. Kern dieser Lösung ist die auf der E-Card aktivierbare Bürgerkarte, ein digitaler Ausweis mit Unterschriftsfunktion. Komplexe Sicherungen sollen dafür sorgen, dass sich Hacker des digitalen Briefverkehrs nicht bemächtigen können. Der Dienst wird stufenweise auf Unternehmen und Privatpersonen ausgedehnt.



OPEL

Magna muss noch einmal zittern

Berlin knüpft Finanzzusagen an Beteiligung der EU-Partner.

BERLIN (e.m.). Anfang nächster Woche soll der Opel-Kauf besiegelt werden, aber der österreichisch-kanadische Zulieferer Magna muss in letzter Minute um die Übernahme zittern. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, knüpft die deutsche Regierung ihre milliardenschweren Finanzzusagen plötzlich an Bedingungen: Sie will demnach nur zahlen, wenn sich andere EU-Staaten mit Opel-Standorten beteiligen. Eine Einigung bis zur geplanten Vertragsunterzeichnung gilt jedoch als unwahrscheinlich. Von Österreich erwartet Berlin 158 Mio. Euro.

Das Magna-Konzept wird von den Partnerstaaten derzeit geprüft. Ein Gutachten im Auftrag der deutschen Regierung bezeichnete es zuletzt als „nicht besonders robust“, hält Opel aber grundsätzlich für sanierbar. Bei Magna heißt es unterdessen, man sehe keine Hinweise für ein Platzen des Deals. Insgesamt beansprucht der Konzern 4,5 Milliarden Euro an Staatshilfen für Opel, der Bund hat bereits 1,5 Mrd. als Übergangskredit gewährt.

Deutschland kann im Übrigen nicht mit einer raschen Überprüfung der Opel-Hilfen in Brüssel rechnen. EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes kündigte in einem Schreiben an, dass diese mehrere Wochen dauern könne. Sie will bei der Prüfung einen harten Kurs fahren.

JULIUS BAER MULTISTOCK

Société d'Investissement à Capital Variable
Gesellschaftssitz: 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg
Handelsregister: Luxembourg Sektion B-32.188

EINLADUNG ZUR ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

Die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre (die „Generalversammlung“) des Julius Baer Multistock wird am Gesellschaftssitz am

20. Oktober 2009, 11.00 Uhr

stattfinden.

Tagessordnung:

1. Anhörung und Abnahme der folgenden Berichte:
 - a) Geschäftsbericht des Verwaltungsrates
 - b) Bericht des Wirtschaftsprüfers
2. Abnahme der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009
3. Beschluss über die Verwendung des Geschäftsergebnisses
4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2009
5. Wahl des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2010
6. Diverses

Die Aktionäre werden darauf hingewiesen, dass für Beschlüsse der Generalversammlung kein Quorum verlangt wird und dass die Beschlüsse durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre an der Generalversammlung gefasst werden.

Diejenigen Aktionäre, welche persönlich an der Generalversammlung teilnehmen möchten, bitten wir, sich aus organisatorischen Gründen bis zum 16. Oktober 2009 bei Julius Baer Multistock, zu Händen von Frau Nathalie Clement, 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg (Fax Nr. +352/ 2460-3331) anzumelden.

Julius Baer Multistock
Der Verwaltungsrat

JULIUS BAER MULTIPARTNER

Société d'Investissement à Capital Variable
Gesellschaftssitz: 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg
Handelsregister: Luxembourg Sektion B-75.532

EINLADUNG ZUR ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

Die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre (die „Generalversammlung“) des Julius Baer Multipartner wird am Gesellschaftssitz am

20. Oktober 2009, 16.00 Uhr

stattfinden.

Tagessordnung:

1. Anhörung und Abnahme der folgenden Berichte:
 - a) Geschäftsbericht des Verwaltungsrates
 - b) Bericht des Wirtschaftsprüfers
2. Abnahme der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009
3. Beschluss über die Verwendung des Geschäftsergebnisses
4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2009
5. Wahl des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2010
6. Diverses

Die Aktionäre werden darauf hingewiesen, dass für Beschlüsse der Generalversammlung kein Quorum verlangt wird und dass die Beschlüsse durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre an der Generalversammlung gefasst werden.

Kunst.

13.10. ab 15 Uhr Gemälde
14.10. ab 14 Uhr Antiquitäten
Sammlungsauflösung.
Auktion ohne Limit.
500 Positionen Antiquitäten.

Besichtigung 8.-14. 10. 2009
Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 10-17 Uhr, So 11-16 Uhr
Online-Katalog: www.imkinsky.com
Katalogbestellung & Information:
+43 1 532 42 00, office@imkinsky.com
Abonnenten der Presse und Presse-Clubmitglieder erhalten die Kataloge zur Auktion kostenlos.

